Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 817.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonntag, 21. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Aus dem Reichstage.

Σ **Berlin**, 19. November. Die politische Situation bleibt nach wie vor durchaus unklar. Weder ist das entschiedene Eintreten Camphausens als Beweis für seine herzliche Eintracht mit dem Fürsten Bismarck aufzufassen. noch können die Konfiskation der „Eisenbahnzeitung", das Nachforschen der Polizei nach Manuskripten Wagner's in der Druckerei und die dieses Einschreiten als Schutzmaßregeln für die liberale Partei gegen Verdächtigungen illustrirenden öffiziösen Artikel; als Kennzeichen dafür aufgefaßt werden, daß es mit Wagener vorbei ist. Man muß eben zwischen hochoffiziöser und einfach ministeriell offiziöser Presse zu unterscheiden verstehen. — Die Fortschrittspartei stellte gestern ihr finanzpolitisches Programm für die Session fest und erklärte sich einstimmig gegen neue Steuern, gegen Erhöhung der Matrikularbeiträge und gegen die Besetzung von Landwehrbezirkskommandos mit aktiven Offizieren. — Man wollte gestern wissen, daß die bairischen Stimmen im Bundesrath gegen die politischen Tendenzparagraphen der Strafgesetznovelle abgegeben sind. — Der Hauptetat enthält einen Anhang zum Militär-Etat, welcher die auf besondere Fonds angewiesenen Ausgaben in sich begreift. Ueberrascht hat die darin enthaltene Mittheilung, daß die im Jahre 1873 vorgelegten Anschläge zur Herstellung der betreffenden Kasernen und Privatanstalten, auf welche hin schon wiederholt Jahresraten bewilligt waren, nunmehr als bei weitem nicht ausreichend bezeichnet werden. Für eine Bataillonskaserne in Berlin wird beispielsweise gerade das Doppelte verlangt. Andere Kasernenbauten, für welche man auch schon mehrere Jahresraten bewilligt hatte und die man nahezu fertiggestellt wähnte, sind, wie sich jetzt auf einmal herausstellt, behufs Deckung jener Mehrausgaben noch gar nicht begonnen. Dabei sollen gegenwärtig in Norddeutschland in Ermangelung von Kasernen 87,000 Mann ständig in Bürgerquartieren liegen bezw. auf Kosten einzelner Kommunen untergebracht sein. Es scheint überhaupt in Bezug auf die militärischen Baufonds Manches nicht in Ordnung zu sein. Anscheinend hat hier die Pauschquantumswirthschaft die nachtheiligsten Folgen zurückgelassen. — Die Einnahme des Reichs aus der Reichsbank ist für das Jahr 1876 nur auf den geringen Betrag von 1,760,000 M. geschätzt. Nach dieser Schätzung würden auch die Aktionäre nur auf einen Ertrag von 6 Prozent aus ihren Aktien rechnen dürfen. Indeß hält man diesen ohne jede nähere Begründung vorgelegten Anschlag für zu niedrig, obwohl er von Herrn von Dechend selbst herrühren soll. Da die Besoldungen des Hauptbankdirektoriums der Reichsbank der Festsetzung des Reichstages unterliegen, so ist dieser in Preußen niemals veröffentlichte Etat nunmehr als Beilage des Hauptetats bekannt geworden. Der Präsident bezieht danach 24,000 M., freie Wohnung, Licht und Heizung, 8 Mitglieder inkl. Wohnungsgeld je 10,500—13,500 M. Die Besoldungen sind nicht hoch, indeß vermuthet man, daß den Direktoren, wenn ihnen auch Tantièmen nicht zustehen, alljährlich noch beträchtliche Remunerationen und Gratifikationen, von denen der Etat nichts besagt, ausgezahlt werden. — Der Gedanke, auch die Invaliden und Hinterbliebenen aus den Kriegen von 1866 und 1864, sowie die schleswig-holsteinischen Invaliden mit ihren Pensionen und Unterstützungen behufs Entlastung des laufenden Etats auf den Invalidenfonds anzuweisen, findet in Reichstagskreisen allgemeinen Anklang. Auch in militärischen Kreisen legt man Werth darauf, daß hierdurch allen Invaliden für die Zukunft in Betreff Sicherstellung ihrer Pension und Gewährung etwaiger Erhöhungen gleiche Aussichten zu Theil werden. Die Regierung ist auch gar nicht in der Lage, eine dahin zielende Amendirung des Invalidengesetzes abzulehnen, da sie selbst das Zustandekommen eines neuen Gesetzes erforderlich gemacht hat. Voraussichtlich wird die Lösung der Effektenfrage alsdann in der Art vereinbart werden, daß die im Invalidenfonds vorhandenen Prioritäten in demselben verbleiben dürfen, es sei denn, daß der Reichskanzler auf Antrag der Reichsschuldenkommission eine Veräußerung derselben im Interesse der Erwerbung von inländischen Staatspapieren verfügt.

⊙ **Berlin**, 19. November. Die heut zunächst fortgesetzte Berathung des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen gab dem Abg. Gerber vielleicht unerwartet Veranlassung zu einer eingehenden Kritik des Etats, die jedenfalls, auch wenn man von allem Andern absieht, bewies, daß er sich mit der Materie mehr als oberflächlich beschäftigt hat. Es ist immerhin schon etwas, wenn ein elsaß lothringischer Abgeordneter aus der abwehrenden Passivität heraustritt und an den Berathungen eines die Reichslande betreffenden Gegenstandes theilnimmt. Herr Gerber ist bekanntlich Abbé; es konnte nicht verwundern, daß er im Besonderen die Maßregeln der Regierung auf dem Gebiete des Schulwesens in seiner Heimath einer sehr abfälligen Beurtheilung unterzog und die dort eingeführten Neuerungen als zu kostspielig und zugleich überflüssig bezeichnete. Der Abg. Duncker, der von jeher eine Vorliebe für den „annektirten Bruderstamm" gehegt hat, meinte zwar, der Reichstag habe alle Veranlassung zu prüfen, ob nicht durch Regierungsmaßregeln die „berechtigten" Gefühle der Elsaß-Lothringer verletzt worden seien, konnte aber doch nicht umhin, verschiedene Beschwerden Gerbers, namentlich soweit sie das Schulwesen betreffen, für unbegründet zu erklären. Nachdem noch der Abg. Reichensperger (Krefeld) unter dem Beifall des Zentrums Herrn Gerber im Styl des Pater Abraham a Sancta Clara sekundirt hatte, ging der Etat an eine Kommission. In der nun begonnenen ersten Berathung des Reichshaushaltsetats war Herrn Delbrück die schwierige Aufgabe zugefallen, die Mehrforderungen und namentlich die neuen Steuergesetze zu vertheidigen. Er that dies namentlich mit dem Hinweis auf das drohende Gespenst der Erhöhung der Matrikularbeiträge. Die beiden Steuergesetze, die vorher so viel Staub aufgewirbelt, wurden einfach als nicht schädlich charakterisirt. Der Abg. Rickert trat diesen Ausführungen alsbald entgegen. Mit der Phrase, dem Reiche ständen große Ausgaben bevor, sei eine neue Steuer nicht zu rechtfertigen. Man wolle diese Ausgaben klar vor sich sehen und selbst über die Nothwendigkeit entscheiden. Schließlich hielt noch Herr Schorlemer-Alst eine Rede gegen die Brausteuer. Wenn die Bundesraths-Mitglieder zuweilen Bier tränken, würden sie beobachten, daß die Gläser immer kleiner, das Glas dicker und das Bier darin dünner würde. — Auf der Tagesordnung der morgenden Sitzung steht auch der Entwurf, betr. eine Anleihe für die Telegraphenverwaltung pro 1876. Derselbe verlangt zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben der Telegraphenverwaltung pro 1876 den Betrag von 3,300,000 Mk. Die Motive sagen darüber: „Zu der Erweiterung des Reichs-Telegraphennetzes, sowie zur Vervollständigung der Dienstgebäude der Reichs-Telegraphenverwaltung war in der dem Etat dieser Verwaltung für das Jahr 1874 beigegebenen Denkschrift eine im Einzelnen näher begründete und für die Periode bis 1876 auf 4,100,000 Thlr. veranschlagte Gesammt-Ausgabe in Aussicht genommen. Von dieser Gesammt-Ausgabe sind durch die Etats beziehungsweise Nachtrags-Etats für die Jahre 1873 und 1874 je eine Million Thaler extraordinär, demnächst aber durch das Gesetz vom 27. Januar 1875 (Reichs-Gesetzblatt S. 18) für das Jahr 1875 3,300,000 Mk. bewilligt worden. Es bleiben daher für das Jahr 1876 noch 3,000,000 Mk. vorzusehen, welche ebenfalls wie der Betrag für 1875 durch eine Anleihe zu beschaffen sein werden. Diese Anleihe würde nach Maßgabe des Bedarfs unter Berücksichtigung etwaiger disponibler Kassenbestände allmälig zu realisiren sein."

Die „Nordd. Allg. Z." wiederholt in einem Leitartikel die erst vor Kurzem von ihr abgegebene Erklärung, daß von „Frieden" zwischen dem Staate und der Hierarchie nur auf der Grundlage der vorbehaltlosen Unterwerfung der letzteren unter das Gesetz die Rede sein könne. „Für Alle", sagt sie, „welche die Rückkehr des konfessionellen Friedens wünschen, sind alle diese Vorgänge (die Symptome der Friedenssehnsucht im ultramontanen Lager) von großer Bedeutung; aber da man nur einen gesicherten Frieden wünschen und einen solchen nur erhalten kann, wenn der Staat nichts von dem preisgiebt, um dessen willen er den Kampf aufgenommen hat, so wird man sich sehr vorzusehen haben, damit man die vorhandenen Symptome in ihren Ursachen und Wirkungen nicht überschätze." Und an einer anderen Stelle: „Von einem Paktiren von Macht zu Macht kann nicht die Rede sein, da Staat und Kirche auf völlig verschiedene Machtsphären angewiesen sind." Zur Begründung der Warnung, die vorhandenen Friedens-Symptome nicht zu überschätzen, bemerkt das offiziöse Blatt:

Wir zaudern, aus der Unterwerfung einzelner Geistlichen, in Rücksicht auf das Sperrgesetz oder aus der Haltung des kölner Domkapitels weitreichende Folgerungen zu ziehen, zumal dem letzteren die Haltung des breslauer Domkapitels das Gegengewicht hält. Wäre in der Hierarchie der Friedensgedanke bereits zum Durchbruch gekommen, so hätte sich das breslauer Domkapitel die Gelegenheit, von der Friedens-Geneigtheit Zeugniß abzulegen, um so weniger entgehen lassen können, als es ihm durchaus nahe lag, den Fall der sedes impedita anzunehmen, um in voller Uebereinstimmung mit dem Kirchenrecht der behördlichen Aufforderung durch die Wahl eines Kapitelleiters zu entsprechen.

Wie begründet das Mißtrauen der „N. A. Ztg." ist, ergiebt sich aus der Auffassung ihres Artikels Seitens der „Germ.", welche darauf Folgendes erwidert:

Die „Nordd. Allg. Ztg." widmet uns heute (19. d.) ihren ersten Artikel. Derselbe ist dadurch bemerkenswerth, daß er sich der „Germania" gegenüber eines so rücksichtsvollen Tones befleißigt, wie wir ihn von der Seite her noch selten gehört haben. Indem wir gern zugeben, daß wir diese Wendung zu besseren und gebildeteren Formen selbst bei der „Nordd. Allg. Ztg.", „ohne ironisiren zu wollen", anerkennen, können wir doch nicht umhin, zu erklären, daß gerade dieses ihr diplomatisches Auftreten uns einigermaßen bedenklich anmuthet und daß wir besonders hinter ihrem angelegentlichen Bestreben, uns mit der Zentrumsfraktion vollends zu identifiziren, den Versuch erblicken, Zwiespalt und Mißtrauen in die Reihen unserer Partei zu tragen. Daher sehen wir uns zu der wiederholten Bemerkung veranlaßt, daß wir weder das amtliche Organ der Zentrumsfraktion sind, noch in deren Namen und Auftrag sprechen, sondern uns nur erlauben, die Politik so zu behandeln, wie wir es nach unserem eigenen besten Ermessen für unsere Pflicht halten. Indessen glauben wir doch im Sinne aller Parteimitglieder zu reden, wenn wir behaupten, daß der Wahlspruch „Divide et impera" im gegenwärtigen „Kulturkampfe" sich in Bezug auf die Ultramontanen nicht anwenden lassen wird. Die Parole in unserem Lager lautet unabänderlich: „Viribus unitis"!

Die telegraphisch angemeldete neueste Kundgebung des russischen „Regierungsanzeigers" in der Orientsache lautet vollständig wie folgt:

„Die in einem Theile der europäischen Presse anläßlich der gegenwärtigen Wirren in der Herzegowina laut gewordenen Befürchtungen finden weder in der allgemeinen politischen Situation Europas, noch auch in dem besonderen Stande der Dinge auf der Balkan-Halbinsel ihre Berechtigung. Noch niemals befand sich Europa in einer günstigeren Lage als jetzt, um erfolgreich und friedlich alle Schwierigkeiten zu beseitigen, welche seine Ruhe beeinflussen könnten. Drei mächtige Reiche des Nordens streben mit vereinter Kraft und unterstützt von den übrigen europäischen Regierungen danach, eine friedliche Lösung der in der Herzegowina eingetretenen Verwickelungen zu finden und Niemand kann daran denken, den Frieden zu stören und sich in einen Gegensatz zu den allgemeinen friedliebenden Bestrebungen zu stellen. Und somit darf denn abermals positiv ausgesprochen werden, daß, so beklagenswerth die Verwickelungen auch sein mögen, die gegenwärtig auf der Balkan-Halbinsel herrschen und die Ruhe Europas beeinträchtigt haben, — die vereinten Anstrengungen der drei Mächte mit Hülfe der übrigen europäischen Kabinette diesen Verwickelungen einen der jetzigen friedliebenden Stimmung entsprechenden Ausgang geben werden und jedenfalls der Friede Europas so sicher auf dem gegenseitigen Vertrauen und Einvernehmen der Großmächte ruht, daß für die Störung desselben durchaus keine Gefahr zu erblicken ist."

Europa wird mit Genugthuung diese so nachdrücklichst hervorgehobenen Friedenszusicherungen aufnehmen, bemerkt hierzu die „Nat.-Ztg." Das ist ja eben auch der ausgesprochene Zweck des Artikels: Europa zu beruhigen, sowie es der Zweck jener ersten Aeußerung in dieser Sache, das russische Volk zu beruhigen. Die Volkssprache des Zaren wurde leider in Europa meist nicht verstanden und so ward es nöthig, jetzt in reinster moderner „Dreikaisersprache" zu wiederholen, was wir schon neulich bei Eröffnung des deutschen Reichstages gehört haben. Vollkommene Einigkeit der verbündeten Ostmächte — das ist die höchste Friedensbürgschaft, die in heutiger Zeit zu haben ist, aber auch gewiß eine ausreichende. Wir hätten gewünscht, daß die Erklärung schon früher erschienen wäre, die Paar Wochen daher ist viel unnützes Gerede gemacht worden und die russische Finanzwelt selbst hat schlimme Tage davon gehabt, doch mußte wohl auch der ersten Erklärung die Entwickelungszeit gelassen werden.

Deutschland.

△ **Berlin**, 19. November. Sowohl durch Aeußerungen aus den neuen Reichslanden selber, als auch durch die Presse des übrigen Deutschlands ist wiederholt die Frage in Erörterung gezogen worden, ob eine Reorganisation der Verwaltung Elsaß-Lothringens wünschenswerth und ob die Herstellung einer vollständigen Autonomie des Landes zu empfehlen sei. Gestern wandte sich die „Nat.-Ztg." in entschiedener Weise gegen den letzteren Gedanken und beleuchtete alle Gefahren eingehend, welche mit der Autonomie verbunden sein würden. Man wird dem nationalliberalen Organ unbedingt zustimmen müssen, darf aber nicht unerwähnt lassen, daß es sich um Eventualitäten handelt, die sehr wenig oder gar keine Aussicht haben. Die gewagten Experimente, auf welche die „Nat.-Ztg." hinweist, liegen, wie man in unterrichteten Kreisen versichert, durchaus nicht in der Absicht der Regierung. Man darf nur an den Präzedenzfall in Schleswig-Holstein und die damalige Stellung des Fürsten Bismarck zu der Frage erinnern. Als es sich um die Neugestaltung der dortigen Verhältnisse handelte, bekämpfte der Ministerpräsident auf das Entschiedenste alle Projekte, welche darauf hinausgingen, im Norden der Elbe einen neuen Staat zu schaffen. Alle Gründe aber, welche damals maßgebend für das Verhalten der Regierung waren, sind auch vollständig stichhalttig für die Behandlung der elsaß-lothringischen Angelegenheit. — Im Hinblick auf die Aufgaben der bevorstehenden Landtagssession wird von verschiedenen Korrespondenten versichert, daß jetzt schon die Frage wegen Ausdehnung der kommunalen und provinzialen Reformgesetze auf die westlichen Provinzen, und zwar in bejahendem Sinne entschieden sei. Wie ich höre, ist diese Frage aber noch gar nicht zur Erörterung im Staatsministerium gekommen und man darf wohl annehmen, daß eine Berathung und Beschlußfassung darüber bis nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck vertagt werden wird, die ja in naher Zukunft bevorsteht. — An Stelle des in den Ruhestand versetzten Polizeipräsidenten von Klausewitz ist zum Polizeidirektor von Danzig der bisherige Kreishauptmann in Lehe, Schultz, ernannt worden.

— Die evangelischen Geistlichen sind angewiesen worden, an dem der Eröffnung der General-Synode voraufgehenden Sonntage und an den Sonntagen während der Dauer derselben folgende von dem Evangelischen Ober-Kirchenrathe angeordnete Fürbitte in das allgemeine Kirchengebet hinter den Worten: „Deines Namens Herrlichkeit zu preisen" einzuschalten:

„Insbesondere erleuchte und leite durch Deinen Geist die General-Synode, welche zum Dienst für unsere evangelische Landeskirche und deren Verfassung gegenwärtig versammelt ist. Laß die Berathungen derselben geschehen in heiliger Scheu vor Dir, in lebendigem Glauben und friedsamer Weisheit, und schaffe nach Deiner Barmherzigkeit, daß daraus eine Frucht hervorgehe."

Das Bekanntwerden der Liste der von dem Könige ernannten Mitglieder der evangelischen Generalsynode würde auf Seiten der freisinnigen Partei weniger Ueberraschung hervorgerufen haben, wenn nicht einige Zeit vorher, wie nun mitgetheilt wird, Mitglieder dieser Partei befragt worden wären, ob sie eine Ernennung von Seiten des Königs akzeptiren würden; eine Frage, welche von den betreffenden Personen überall bejaht worden war. Uebrigens wird versichert, daß die Liste der Ernannten keineswegs identisch sei mit der Liste der vom Kultusminister und dem Präsidenten des Oberkirchenraths vorgeschlagenen Personen.

— Der Vorstand des „nationalliberalen Vereins" hielt am Mittwoch Abend eine Sitzung. Der Abg. Lasker entschuldigte sich brieflich, da sein Gesundheitszustand ihm noch immer die größte Schonung zur Pflicht mache. Es wurde beschlossen, noch in diesem Monat eine allgemeine Versammlung des Vereins zu veranstalten. Es ist für dieselbe wie verlautet, ein Vortrag des Prof. v. Sybel in Aussicht genommen.

Breslau, 19. Novbr. In Sachen Hofferichter ist nach einer Notiz der „Br. Morgen-Zeitung" die Beschwerde über das Verfahren des Stadtgerichts vom hiesigen Appell-Gericht zurückgewiesen worden.

Oesterreich.

Wien, 17. November. Im Abgeordnetenhause interpellirte gestern der schlesische Abgeordnete Fux mit Bezugnahme auf ein

früher beschlossene Resolution des Hauses die Regierung hinsichtlich der Verhandlungen über die Ausscheidung des österreichischen Theiles aus der breslauer Diözese. Nach einer wahrscheinlich offiziösen Mittheilung der „Bohemia", deren Inhalt uns aus Prag zutelegraphirt wurde, stehen die Verhandlungen wieder vor den Schwierigkeiten, an welchen schon am Schlusse des vorigen Jahrhunderts alle Lösungsversuche scheiterten, nämlich an den Ansprüchen Preußens auf den in Oesterreich gelegenen Grundbesitz des breslauer Bisthums: „Bei den gegenwärtigen Beziehungen Oesterreichs zu Preußen kann man jedoch erwarten, daß auch über diese streitigen Punkte leicht und rasch eine Einigung erzielt werden wird." Die handelspolitischen Interpellationen wurden noch nicht beantwortet; es soll dies erst in der Sonnabendsitzung geschehen. Daß die Antwort nicht im schutzzöllnerischen Sinne ausfallen werde, beweist nachstehende Auslassung der offiziösen „Montags-Revue." Das Blatt schreibt:

Wir haben Ursache anzunehmen, daß die Regierung mit der Beantwortung der Interpellation nicht zögern und ihren Standpunkt in keiner Weise verhüllen werde. Die Bestrebungen des Ministeriums, die englische Nachtragskonvention durch rechtzeitige Kündigung zu beseitigen, sind bekannt. Auch andere Verträge als diese haben manche unvortheilhafte Folgen gehabt; allein es ist wünschenswerth, mit Ländern wie Frankreich, Italien u. s. w. neue Verträge abzuschließen. Insbesondere ist die Errichtung eines neuen, den beiderseitigen Interessen entsprechenden Handelsvertrags mit Deutschland eine unabweisliche Vorbedingung für die Aufstellung des allgemeinen Zolltarifs. Die Isolirung, wie sie von den Schutzzöllnern gefordert wird, darf nicht zur Geltung kommen. Oesterreich ist weder reich genug, um sie ertragen zu können, noch so arm, um sie ertragen zu müssen. Erst auf Grund der Konzessionen, welche Ungarn und Deutschland behufs Erlangung wichtiger Gegenleistungen gemacht werden, können die Grenzen festgestellt werden, innerhalb deren der allgemeine Zolltarif zu halten sein wird. Der Standpunkt der Regierung ergiebt sich demnach von selbst. Die englische Nachtragskonvention wird gekündigt, ohne erneuert zu werden. Die Handelsverträge werden erneuert, in wiefern durch eine Revision für Oesterreich-Ungarn entsprechende Vortheile zu gewinnen sind. Ein Minimaltarif wird in der gegenwärtigen Session des Reichsraths nicht vorgelegt, und ein Zolltarif überhaupt erst dann zur verfassungsmäßigen Behandlung unterbreitet, bis die Verständigung mit Ungarn vollzogen und die Basis für einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland gewonnen ist.

Belgien.

Brüssel, 17. Novbr. Der amtliche „Moniteur Belge" schreibt: Alles, was gewisse Zeitungen über Mittheilungen oder Unterredungen veröffentlichen, welche die Uebernahme der nord-belgischen Linien durch den Staat zum Gegenstand gehabt haben sollten, ist eine Erfindung. Dies Dementi bezieht sich auf die kürzlich in Brüssel und von dort aus verbreitete und auch im „Journal de Bruxelles" vom 17. November berichtigte Unwahrheit, daß die deutsche Regierung der königlich belgischen angerathen habe, jene Eisenbahnen für den Staat zu erwerben.

Frankreich.

Paris, 17. November. Der Preßgesetzentwurf ist gestern in der Nationalversammlung vertheilt worden. In den von dem Justizminister beigefügten Motiven heißt es:

Das Gesetz, welches wir die Ehre haben, Ihnen vorzulegen, ist kein organisches Gesetz, das die in Preßsachen anwendbaren Prinzipien definitiv feststellen sollte, es hat vor Allem einen Charakter der Dringlichkeit. Die Regierung hat sich zu verschiedenen malen und namentlich in der Sitzung vom 12. März d. J. dahin geäußert, daß der Belagerungszustand in den Departements, über welche er verhängt ist, nicht aufgehoben werden darf, so lange nicht gewisse Aenderungen des Preßgesetzes eingeführt worden sind. Obschon selten von den Vollmachten, welche der Belagerungszustand den militärischen Befehlshabern verleiht, Gebrauch gemacht wird, so wird doch Niemand in Abrede stellen, daß schon die Existenz dieser Ausnahmegewalten an und für sich eine Mäßigung des allgemeinen Tons der Presse zur Folge hat, daß sie die Ausschreitungen gegen die Personen zur Gewohnheit zu werden verhindert und so das Unzulängliche der gerichtlichen Ahndung gewissen Vergehen gegenüber weniger fühlbar macht. Wenn dieses Regime plötzlich, ohne irgend eine Vorsichtsmaßregel, unterdrückt würde, so stünde zu befürchten, daß an vielen Orten die Tagespresse in Exzesse verfiele, welche in den Augen der freisinnigsten Männer den rechtmäßigen Gebrauch der freien Erörterung unfehlbar in Mißkredit bringen müßte. Solche Ausschreitungen sind vornehmlich kurz vor den allgemeinen Wahlen und während der Wahlperiode selbst am meisten zu besorgen; die durch den Kampf aufgeregten Leidenschaften würden nicht ermangeln, sich in beschimpfenden Polemiken und in Zügellosigkeiten aller Art zu ergehen, welche Ihre Weisheit voraussehen muß und denen vorzubeugen Ihre Pflicht ist. Wenn erst die Wahlen die von Ihnen gegründete Regierung vollkommen durchgeführt haben werden und die Ruhe in die Gemüther eingezogen ist, dann wird ihren Nachfolgern die Pflicht obliegen, alle Bestimmungen unserer Gesetze über die Presse zu sammeln, sie einer aufmerksamen Prüfung zu unterziehen und die Grundlagen eines dauerhaften, auf die Vernunft und die Erfahrung zugleich gestützten Regimes zu entwerfen. Unsere Rolle ist eine bescheidenere, sie besteht darin, den Gefahren vorzubeugen, welche die Abschaffung des Belagerungszustandes in den meisten Departements, wo er beibehalten worden ist, nach sich ziehen kann. Indem wir Ihnen einen Preßgesetzentwurf unterbreiten, beantragen wir gleichzeitig die Aufhebung des Belagerungszustandes überall, ausgenommen in den Departements Seine, Seine-et-Oise, Rhone, Bouches-du-Rhone und der Stadt Algier. Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, daß der Belagerungszustand auch an diesen Orten von unbestimmter Dauer sein könne, wir fordern Sie auf, zu beschließen, daß er, wenn nicht ein neues Gesetz ihn in Kraft erhält, vom 1. Mai 1876 ab aufhören soll. Wir halten den Belagerungszustand nur als Präventivmittel am Platze; es soll nur in den Fällen dringender Nothwendigkeit davon Gebrauch gemacht werden. Alles hat bewiesen, daß in den großen Zentren wie Paris, Lyon und Marseille, der Belagerungszustand weniger als irgendwo anders eine gegen die Diskussions- und Wahlfreiheit gerichtete Drohung ist.

Paris, 17. November. In hiesigen legitimistischen Blättern wird der Wortlaut des bereits telegraphisch angedeuteten Schreibens, welches Don Carlos von Durango aus an König Alphons gerichtet, veröffentlicht. Es lautet:

An meinen Vetter Alfonso.

Die Haltung des Präsidenten der Republik der Vereinigten Staaten kann als das Vorspiel eines Krieges angesehen werden, wenn Du nicht die Unabhängigkeit von Cuba anerkennst. Die Revolution, deren Vertreter Du bist, ist für den Grad von Schmach, auf welchem Spanien angelangt ist, verantwortlich: ohne die Revolution wäre diese vatermörderische Rebellion nie ausgebrochen. Das legitime Recht Dessen, welcher besitzt, ist das einzige, welches ohne Zwang reformiren, ohne Schwäche nachgeben, ohne Zorn ahnden, ohne Leidenschaft regieren kann. Aber es handelt sich um die Integrität des Vaterlandes und dieses müssen alle seine Kinder vertheidigen. Wenn das Vaterland in Gefahr ist, hören alle Parteien auf und es bleiben nur noch Spanier übrig. Sollte der Krieg ausbrechen, so biete ich Dir für die Dauer des Kampfes gegen die Vereinigten Staaten einen Waffenstillstand an. Es muß aber wohl verstanden bleiben, daß nur der auswärtige Krieg die Ursache des Waffenstillstandes ist, den ich vorschlage, und daß ich meine Rechte auf die Krone aufrecht erhalte, wie ich die Gewißheit bewahre, sie einst auf mein Haupt zu setzen. Jenseits der Meere habe ich kein Gebiet, welches von meinen Waffen beherrscht würde, und ich kann nicht meine wackeren Freiwilligen nach Cuba schicken; aber ich werde meine Provinzen und das cantabrische Küstenland vertheidigen, die unbezwinglichen Söhne dieser Küsten, an welchen El Cano, Legazpi und Churraca geboren sind, als Kaper ausrüsten und den Seehandel unserer Feinde vielleicht bis in ihre eigenen Häfen verfolgen. Nimmst Du für den Fall eines auswärtigen Krieges den Waffenstillstand an, den ich Dir anbiete? dann wollen wir zur Regelung des Weiteren Vertreter ernennen. Du weisest ihn zurück? Dann wird die Welt Zeuge sein, daß das katholische Spanien großmüthig seine Pflicht gethan hat. Ziehst Du es vor, von dem Feinde, der Dich bedroht, diesen Waffenstillstand zu verlangen? Demüthige Dich, wenn Du dazu das Herz hast; Du wirst vielleicht einen momentanen Aufschub erwirken; aber man wird Dir schon neue Konflikte anstiften und Kuba wird für das Vaterland verloren sein. Dir wird die Unehre bleiben, Dich gedemüthigt, und die Schande, Dich umsonst gedemüthigt zu haben.

Dein Vetter Carlos.

Der „Figaro" meldet in einer geheimnißvollen Note, eine hohe Persönlichkeit, deren Tod die ganze französische Aristokratie in tiefe Trauer versetzen würde, wäre schwer erkrankt. Man konnte diese Nachricht füglich nur auf den Grafen Chambord deuten, und in der That war auch heute schon an der Börse das Gerücht verbreitet, der letzte französische Bourbon liege im Sterben. Sehr bezeichnender Weise suchte man das Gerücht a la hausse auszubeuten. Einstweilen hat es aber ganz den Anschein, als ob der „Figaro" trotz seiner angeblich so ehrfurchtsvoll royalistischen Gesinnungen einen schlechten Scherz getrieben habe.

Paris, 18. Novbr. Das „Univers" weist nach, daß in Frankreich in Preßangelegenheiten seit 1789 alle Regierungen als Prinzip den Syllabus befolgt hätten: „Der Syllabus verdammt die Preßfreiheit; die Preßgesetze sind nichts Anderes als eine Anwendung des Syllabus. . . . Die Preßfreiheit werde einstimmig von allen Regierungen als schlecht und unpraktisch erkannt. Kann man von einer künftigen Regierung erwarten, daß sie dieselbe bewilligt? . . . Die Erklärung der Menschenrechte kann als Leiter, um zur Macht zu gelangen, dienen; aber mit dem Syllabus wird, gut oder schlecht, regiert." „Univers" darf sich schon Glück zu diesem syllabistischen Preßgesetze wünschen: es steht in der Gnade bei Gott und den Menschen, die dieses Preßgesetz handhaben; es ist im Vortheil auch materiell, denn je schwerer eben den freisinnigen Blättern das Leben gemacht wird, desto mehr wird die ultramontane Presse floriren. Eine Zeit lang sind Regierungen mit dem Wahlspruche Strafford's unter dem englischen Stuart Karl I. „Durch" in Frankreich trefflich gefahren, die Robespierre, wie die Napoleon I. und III., die Guizot und deren Nachwuchs; aber immer kam ein Prellstein, an welchem der rückläufige Staatswagen ein Rad zerbrach, und dann lagen die weisen Staatslenker unfehlbar im Graben. Wird Dufaure glücklicher als Guizot, Polignac u. s. w. fahren?

Spanien.

Madrid, 16. Nov. Die ultramontane Strömung, welche sich im hiesigen Unterrichtswesen Bahn gebrochen, kennzeichnet folgender Vorgang:

Ein junger Spanier, welcher an der Bauakademie in Berlin studirt hat, kam vor einigen Monaten bei dem Rektor der hiesigen Universität um die Erlaubniß ein, sich, gestützt auf ein Programm, welches er vorlegte, als Privatdozent der deutschen Sprache habilitiren zu dürfen. Dieselbe wurde ihm auch sofort gewährt und die Vorlesungen begannen am 1. Okt. unter den günstigsten Verhältnissen. Eine ziemlich bedeutende Zahl von Studenten hatte sich eingeschrieben und Andere standen im Begriffe, dem Beispiele zu folgen, als bei der vierten Vorlesung der Sekretär des Dekans der philologischen Fakultät erschien und dem Privatdozenten eröffnete, daß er auf Befehl des Rektors seine Thätigkeit einzustellen habe. Einigermaßen bestürzt, eilte der junge Mann zu dem ersten Beamten der Universität, welcher ihn zwar mit derselben Freundlichkeit empfing wie das erste Mal, aber bei seinem Beschlusse stehen blieb. Er behauptete, daß er nach reiflicher Ueberlegung gefunden habe, daß neue Sprachen nicht an der Universität, sondern am Gymnasium zu lehren seien, und gab ihm ein Empfehlungsschreiben an einen Gymnasialdirektor, damit derselbe ihm einen Raum zur Verfügung stelle. Der Gymnasialdirektor hatte Herz und Muth genug, um dem Privatdozenten klaren Wein einzuschenken. Er rieth ihm, sich weiter keine Mühe zu geben und sein Vorhaben bis auf bessere Zeiten fallen zu lassen. Er könne ihm nicht gestatten, bei ihm Vorlesungen zu halten; das wisse der Herr Rektor recht gut, der ihn nur hierhergeschickt habe, um sich seiner zu entledigen. Die Professoren der Universität hätten den Rektor getadelt, weil er Erlaubniß zum Lehren der deutschen Sprache gegeben habe. Giner de los Rios und Salmeron seien erst vor Kurzem ausgewiesen worden wegen ihres Materialismus, den sie aus deutschen Werken geschöpft hätten. Lasse man die Studenten Deutsch lernen, so würden sie in deutschen Büchern studiren und an demselben Brunnen trinken wie jene. Der Rektor der Universität, ein Herr Lafuente, ist Theologe und eine Kreatur des klerikalen Unterrichtsministers Orovio.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung. (Schluß).

Berlin, 19. Novbr. Im Fortgang der Sitzung ging das Haus nach Ueberweisung des elsaß-lothringischen Etats an eine Kommission an die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1876.

Staatsminister Präsident Delbrück: Das Jahr 1876 ist das erste, in welchem die größte Ausgabe-Verwaltung, die Militärverwaltung, nicht mehr unter der Herrschaft des Pauschquantums steht, so daß diesmal hier schon die Wahrscheinlichkeits-Rechnung eintreten muß. In Betreff der Zölle und Verbrauchssteuern haben die ersten zehn Monate des laufenden Jahres die Einnahmen von 1874 im Betrage von 246 Millionen Mark erreicht. Es ist dabei indeß nicht außer Acht zu lassen, daß in diesen Einnahmen die letzten Monate bereits eine rückläufige Bewegung zeigen. Im Ganzen ergaben diese Einnahmen gegen den Voranschlag ein Plus von 17 Millionen Mark. Die Wechselstempelsteuer ergiebt mehr: 250,000 Mark, die Zinsen für belegte Reichsgelder mehr: 2 905 000 Mark. Von der Eisenbahnverwaltung läßt sich annehmen, daß sie die Etatsansätze aufbringen wird, so daß mit den außeretatsmäßigen Einnahmen zusammen sich eine Gesammtmehreinnahme von 20 360,000 Mark ergiebt. Dazu kommen jetzt schon feststehende Minderausgaben: bei der Verwaltung der Reichsschulden 2,040,000 Mark, bei der Subvention der Gotthardsbahn 376,000 Mark, so daß der ganze Ueberschuß ca. 22 Millionen Mark beträgt. Die Postverwaltung wird, wenn man die Erfahrungen des vorigen Jahres bei der Berechnung zu Grunde legt, eine Mindereinnahme von ca. 800,000 Mark ergeben. Was nun die Mehrausgaben betrifft, so läßt sich heute noch nicht mit voller Bestimmtheit sagen, wie die Militärverwaltung abschließen wird; man nimmt indeß an, daß bei den gestiegenen Preisen für Roggen, Hafer, Heu und Stroh 7,783,000 Mark über den Etat werden ausgegeben werden. (Bewegung.) Dazu kommen noch Mehrkosten für Manöver, für das Remontewesen u. s. w., in summa Mehrausgaben: 9 933 000 Mark. Dagegen werden an persönlichen Ausgaben circa 3 Millionen erspart. Ferner erwachsen Mehrausgaben für die Herstellung der Reichskassenscheine, für die Telegraphenverwaltung, für Pensionen von Offizieren u. s. w., beim Reichskanzleramt Mehrausgaben für die Beobachtung des Venusdurchganges, für Rayonentschädigungen, für die Weltausstellung in Philadelphia, für den Ausbau des Radziwill'schen Palais u. s. w. So bleiben denn von jenem erwähnten Ueberschuß von circa 22 Millionen in Wirklichkeit rund 14 Millionen Mark übrig und dies wird das wahrscheinliche Finanzergebniß des laufenden Jahres sein. Was nun den vorliegenden Etat betrifft, so sind die Differenzen desselben gegen den vorjährigen Etat in der in Ihren Händen befindlichen Denkschrift nachgewiesen. Der Herr Minister spezialisirt hierauf die Angaben der Denkschrift rekapitulirend, die Mehrausgaben im Reichskanzleramt, im Auswärtigen Amt, in der Militär-Verwaltung (7,021,000 Mk.) Von letzterer fallen auf den preußischen Etat 5,111,000 Mk. und zwar 730,000 Mk. an dauernden Mehrausgaben für Vermehrung der Stellen und die weitere Ausbildung der Organisation des Heeres; 1 630,000 Mark Mehrausgaben fordert das neue Kriegsleistungsgesetz, 2 410,000 Mk. mehr werden die Lebensmittel kosten. Dazu kommen 220 000 Mark, weil das nächste Jahr einen Tag mehr hat als das laufende. (Heiterkeit.) Das Extraordinarium in den Ausgaben enthält nur Forderungen zur Vollendung von Bauten. In der Marine-Verwaltung sind drei Millionen Mehrausgaben veranschlagt und zwar für die Einrichtung der Seewarte, für Besoldungen, für Indienststellung von Schiffen — eine Mehrausgabe, die durch die politischen und Handelsverhältnisse geboten erscheint — ferner die Naturalverpflegung, für die Werften und für die Flottenartillerie. Im Extraordinarium bedarf die Mehrforderung für die Marine einer Erläuterung. Zur planmäßigen Entwickelung der Flotte und zur Vollendung der großen Etablissements in Kiel und Wilhelmshaven sind Verwendungen von ca. 27 Millionen Mark nöthig. Wir würden bei der Finanzlage des Reichs Anstand genommen haben, mit einer so hohen Forderung vor das Land zu treten. Es ist indeß möglich, einen sehr erheblichen Theil dieser außerordentlichen Ausgabe durch die bereits in früheren Etats, wenn auch für andere Zwecke gewährten, aber nicht konsumirten Ausgaben zu decken, weil diese letzteren Zwecke im nächsten Jahr eben nicht jenen Etatssummen entsprechend gefördert werden können. Es ist deswegen für zulässig gehalten worden, von jenen 27 Millionen 17 Millionen abzusetzen und das Extraordinarium mit 10 Millionen anzusetzen. Es ist hierbei also Nichts vorgenommen als eine Uebertragung bereits für andere Zwecke bewilligter Fonds. Weiter erwächst noch eine Mehrausgabe für die Durchführung der Münzreform, bei den übrigen Etats sind die Mehransätze von geringerer Bedeutung. Bei der Feststellung der Einnahmen hat die Regierung es für ihre Pflicht gehalten, mit größter Sorgfalt zu Werke zu gehen. Die Zölle und indirekten Steuern sind mit einem Plus von 13 Millionen gegen das Vorjahr eingestellt. Könnten wir jetzt sagen, daß die Beendigung der seit mehr als 1½ Jahr herrschenden Krisis mit Sicherheit im Laufe des nächsten Jahres eintreten werde, so hätte sich ein höherer Voranschlag machen lassen; wir konnten indeß diese Ueberzeugung in dem nothwendigen Maße nicht gewinnen. Vom Wechselstempel ist eine Mehreinnahme von 1 470,000 Mk. veranschlagt, die Post- und Telegraphenverwaltung erhalten, wie Sie wissen, durch ihre Vereinigung eine neue Organisation; sie sollen einen Ueberschuß von 3 750,000 Mk. gewähren; für die Eisenbahnverwaltung sind 2,405,000 Mk. mehr eingestellt. Dazu kommen dann noch Mehreinnahmen aus der Bankverwaltung. Hiernach betragen nun also die Gesammteinnahmen 312,461 284 Mk., die Gesammtausgaben 399,446,660 Mk. und es ist nun die Frage, wie dieser Ausfall von ca. 87 Millionen gedeckt werden soll, der die Summe der Matrikular-Beiträge um 18 Millionen übersteigt. Daß wir Ihnen hierfür die Einführung neuer Steuern vorschlagen, wird sich durch den Gang der vorjähr. Berathung rechtfertigen. Es war dabei noch die Frage zu berücksichtigen, ob sich die Einnahmeverhältnisse etwa für 1877 günstiger gestalten werden und diese Frage haben wir nach reiflicher Erwägung nicht bejahen zu können glaubt. Ebensowenig aber wird wohl in den Ausgaben eine erhebliche Verminderung eintreten können, so daß auch im Hinblick auf die Zukunft kein Anlaß ist, für das nächste Jahr an ein Uebergangsstadium zu denken, wir mußten uns vielmehr zu einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs entschließen. Die verbündeten Regierungen haben sich hierbei von dem Prinzip leiten lassen, denjenigen Kreis der Steuern, der durch die Verfassung dem Reiche überwiesen ist, nicht zu überschreiten. Die Börsensteuer fällt in den Rahmen der Besteuerung gewisser Rechtsgeschäfte, deren prinzipielle Zulässigkeit anerkannt ist, die von Einzelstaaten aber nicht aufgelegt werden könnte. Die zweite Steuer ist nur die Erhöhung einer bereits bestehenden Steuer, von welcher auch nur ein Theil des Reichsgebiets betroffen wird: sie empfiehlt sich durch die Erfahrungen, die man in dem übrigen Reichsgebiet damit gemacht hat. So sind denn bei der Aufstellung des ganzen Etats die Gesichtspunkte festgehalten worden, von denen die Majorität des Reichstages im vorigen Jahre geleitet war: die Matrikularbeiträge auf konstanter Höhe zu erhalten, um die Finanz-Verwaltungen der Einzelstaaten zu sichern und den Einzellandtagen keinen Grund zu dem Vorwurf zu geben, daß je nach den hier gefaßten Beschlüssen die Matrikularbeiträge um Millionen erhöht werden könnten.

Abg. Rickert: Meine Herren, ich muß der Behauptung entgegentreten, die der Herr Präsident des Reichskanzleramts am Schluß ausgesprochen, daß es nämlich in den Intentionen des Reichstags gelegen, als im vorigen Jahre der von den Regierungen aufgestellten Normirung der Matrikularbeiträge beigetreten, diese für alle Zeit in derselben Höhe zu erhalten. Aus dem ganzen Gange der Verhandlungen geht dies hervor wie auch unleugbar aus den Worten, die der Abg. Lasker unter allgemeiner Zustimmung an den Abg. Richter richtete: Er habe keine Sympathie für den Gesichtspunkt, daß man stets die Matrikularbeiträge in derselben Höhe belassen müsse. Das, m. H., wäre eine schlechte Finanzpolitik, wenn man mehr Steuern bewilligte, als das augenblickliche Bedürfniß verlangt; das wäre ein falsches Dogma, wenn wir bei derselben Höhe der Matrikularbeiträge stehen bleiben wollten. Die Zeit der Ueberschüsse müssen wir vielmehr dazu benutzen, um Finanzreformen vorzunehmen, und nicht in der konstanten, sondern in der nach den Verhältnissen sich richtenden, eigenthümlich wandelbaren Finanzbilanz erkenne ich gerade den Probirstein für die Lebensfähigkeit der konstitutionellen Verfassung. Un noch dazu haben ja auch im vorigen Jahre die Regierungen die aufgestellte Summe nicht als Normalzahl anerkannt. Jeder rationellen Maßregel, welche dazu führt, die Einnahmen zu mehren und das Reich freier zu stellen, werde ich zustimmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß nicht so einseitig vorgegangen wird, alse selbst die Maßregel, die darauf hinzielte, die gesammten einzelnen Steuern auf das Reich zu übertragen. Ferner finde ich das Bild der Finanzlage, das der Herr Präsident für 1875 entworfen, nicht so erfreulich, wir haben dem eben die Thatsache entgegenzuhalten, daß der Herr Präsident von einer sehr großen Vorsicht und fast ängstlicher Behutsamkeit geleitet wird. So hat er auch im vorigen Jahre die Ausgabe um 8 Millionen zu hoch angeschlagen, und wenn wir diesmal nur 6 Millionen rechnen, so hätte Herr Delbrück einen Fond von gerade 20 Millionen. — Was den Etat selbst betrifft, so muß ich in formeller Beziehung denselben äußerst loben und der Reichstag hat Grund anzuerkennen, daß seinen Forderungen Rechnung getragen ist. Aber im Marine-Etat haben wir auch zu rügen, daß er mehr fordert, als das Bedürfniß erheischt, mehr, als er bewältigen kann. Dies können wir ziffermäßig nachweisen. Im Anfange 1873 hatte die Marine-Verwaltung im Extraordinarium noch nicht verbraucht 2½ Millionen, 1874 28—29 Millionen, 1875 48 Mill. wozu noch 2 Millionen aus Titeln des Ordinarium kamen. Und trotzdem tritt auch dieser Etat mit bedeutenden Mehrforderungen an uns heran und ich habe keine genügende Motivirung hierfür von Seiten des Herrn Präsidenten gehört. — Wende ich mich nun noch zu den Einnahmen, so finde ich diese, z. B. die Zölle und Verbrauchssteuern ebenfalls auf Grund von Befürchtungen zu niedrig normirt. Als Grund führte der Hr. Präsident an, daß er nicht glaube, daß die finanzielle Krisis in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen schon im nächsten Jahr ihr Ende erreicht habe. Ja, m. H., wenn man den Etat der Post, der Eisenbahnverwaltung u. s. w. durchsieht, so findet man doch, daß die Krisis nicht so sehr viel auf sich hat, und man möchte fast meinen, als ob man Schäden und Stockungen in einzelnen Industriezweigen zu einer so großen allgemeinen Landeskalamität hinaufschrauben möchte, daß wir schnell neue Steuern bewilligen müssen. Halten wir uns an Zahlen. Die Ausgaben von 1874 beliefen sich auf 371 Millionen, von 1875 auf 383 Millionen, von 1876 auf 391 Millionen; die Einnahmen von

1874 auf 231 Millionen, von 1875 auf 251 Millionen, von 1876 auf 276 Millionen. Nun, nehmen wir normale Friedensverhältnisse an, so ist doch darauf zu rechnen, daß die Einnahmen stets wachsen, und dies giebt uns die Zuversicht, daß wir eben nicht nöthig haben, uns nach Deckungsmitteln schnell umzusehen. — Doch halte ich noch die Bemerkung am Platze, daß ich prinzipiell kein Gegner der Börsensteuer bin und die Ungerechtigkeit anerkenne, daß der Verkehr und Handel mit beweglichen Gütern ganz steuerfrei sein soll. Aber um der Gerechtigkeit willen kann man doch nicht neue Steuern auflegen, wenn sie nicht nöthig sind Dann reformiren Sie lieber ganz und ich denke doch, die jetzige Reichsvertretung müßte den hohen Bundesregierungen das Vertrauen und die Sicherheit eingeflößt haben, daß sie stets, wenn es sich um die Macht und Ehre des Vaterlandes handelt, oder wenn es gilt, öffentlichen Nothständen abzuhelfen, die nothwendigen Mittel dazu schleunigst zur Disposition gestellt hat. Ich habe mir erlaubt, im Anschluß daran mit dem Abg. Richter (Hagen) zu beantragen, den Militär- und Marineetat in eine Kommission zu verweisen, sowie einige kleinere Kapitel. Ich empfehle Ihnen denselben zur Annahme. (Beifall)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Nach der eben gehörten Rede werde ich mich auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Auch ich bedaure es sehr, daß die Vorlage so spät an uns gekommen, daß wir uns nicht genügend mit dem voluminösen Material beschäftigen können so wie, daß wir vor der genügenden Zeit zusammenberufen sind. Es ist dies eine Zeitverschwendung, die uns zugemuthet wird und sich nicht mit der Würde des Reichstags verträgt. Der jetzige Etat beweist von Neuem, daß die jetzige Verwaltung nicht mehr auf zwei Schultern ruhen bleiben kann. Der Etat weist ein Defizit von 16 Millionen Mark auf und dies sucht man durch zwei neue Steuern zu decken. Im Interesse der Staatsbürger kann ich nur darauf dringen, daß nicht neue Ausgaben und unnöthige Bedürfnisse aufgestellt werden, andererseits aber, daß bei den bestehenden Etats, besonders bei dem für das Militär. Ersparnisse eintreten. Statt dessen tritt uns eine abermalige Erhöhung entgegen und stimmt somit wenig mit den ausdrücklichen Friedensversicherungen der kürzlich gehörten Thronrede. Ich hebe vor allen Dingen aus dem Militäretat zwei Punkte heraus: die Errichtung eines Eisenbahnbataillons, so wie die Kreirung von 50 Offizierstellen zur Besetzung der Bezirkskommandos. Was bedeutet aber die Bewilligung dieser für den Reichstag? nichts Anderes, als den Finger, welchem bald die ganze Hand nachfolgen muß. Trotz unserer jetzigen herrschenden wirthschaftlichen Kalamität will man zwei neue Steuern errichten, die Börsen- und Brausteuer. Gegen die erstere wäre ich im Allgemeinen nicht, aber in dieser Lage kann ich sie nicht billigen; gegen die letztere muß ich aber entschieden protestiren: denn ich halte es nicht allein für irrationell, sondern sogar für unmoralisch, weil durch dieselbe die Konsumenten, besonders die ärmere Bevölkerung, gezwungen sein werden, das Bier theurer zu bezahlen und sich den Branntweingenuß wieder zuzuwenden. Die Motive sagen allerdings, daß dies nur ein ganz Geringes beitragen könnte; aber ich möchte einmal die Herren vom Regierungstische fragen, ob sie hin und wieder auch einmal ein Seidel trinken, so werden sie finden, daß das Seidel immer kleiner und das Glas immer dicker wird (Heiterkeit), und es tritt die Gefahr ein, daß der Arbeiter sich sagt, er müsse mit dieser Erhöhung wiederum mit dem Schweiß seiner sauren Abeit jene Offizierstellen bezahlen, welche von Neuem eingerichtet sind. Aber ich hoffe, der Reichstag wird bei der jetzt bestehenden Kalamität der Börsensteuer sowohl, wie die Brausteuer nicht bewilligen. Der vorliegende Etat beweist aber wieder von Neuem auf das Schlagendste die Berechtigung unserer Forderung, die wir stets erhoben haben, die Forderung der Ministerverantwortlichkeit.

Hiermit vertagt sich das Haus bis Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte, Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Telegrapenverwaltung, Brau- und Börsensteuer. (Schluß 4 Uhr.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. November.

— Mit dem 1. Januar 1877 tritt die Bestimmung des Reichsgesetzes vom 7. Juli 1873 in Kraft, wonach alle Fabrikate aus Eisen und Stahl u. s. w., sowie Maschinen vom Eingangszolle befreit sein sollen. Während nun von Seiten der Industriellen eine lebhafte Agitation in Szene gesetzt wird, welche dahin zielt, um diese Bestimmung außer Kraft zu setzen, werden aus kaufmännischen wie aus anderen gewerblichen und landwirthschaftlichen Kreisen wohlbegründete Proteste gegen die Sistirung der oben erwähnten Bestimmung des Reichsgesetzes erhoben. Da unsere industriearme Provinz ein großes Interesse an der Aufhebung der in Rede stehenden Zölle hat, so haben die Vorstände des landwirthschaftlichen Provinzialvereins für Posen und der Handelskammern zu Posen und Bromberg an die Gewerbtreibenden, Kaufleute und Landwirthe der Provinz Posen die Aufforderung zu einer gemeinschaftlichen Versammlung am 26 November cr., Vorm. 11 Uhr, im Saale des Odeums zu Posen gerichtet, um über die Frage wegen der Eisen- und Maschinenzölle zu berathen und ev. eine gemeinsame Kundgebung gegen die auf Sistirung der Aufhebung derselben gerichteten Bestrebungen zu beschließen. Bei der Wichtigkeit der vorliegenden Frage, an der alle Angehörigen der Provinz ohne Unterschied der Nationalität im gleichen Grade betheiligt sind, wird die Betheiligung an der Versammlung hoffentlich sehr rege sein.

r. **An Steuern** wurden in der Stadt Posen während d. J. 1874 aufgebracht: Staatssteuern 199,191 Thlr. und zwar 112 Thlr. Grundsteuer, 33,341 Thlr. Gebäudesteuer, 45,600 Thlr. klassifizirte Einkommensteuer, 30,148 Thlr. Gewerbesteuer, 307 Thlr. Klassensteuer (außerhalb des Schlacht- und Mahlsteuer-Bezirks), 89683 Thlr. Mahl- und Schlachtsteuer. Gemeinde-Steuern 176,030 Thlr., und zwar 110,369 Thlr. Einkommensteuer, 62,807 Thlr. aus der Mahl- und Schlachtsteuer, 1399 Thlr. Wildpretsteuer, 1455 Thlr. Hundesteuer. Die Summe aller Steuern betrug also 375 222 Thlr. Da bei der i. J. 1874 erfolgten Aufnahme des Personenstandes sich eine Zivilbevölkerung von 50,772 ergab, so entfallen demnach an Steuern: 7 Thlr. 1 Sgr. 8½ Pf. pro Kopf, und zwar 3 Thlr. 27 Sgr. $8\frac{18}{50}$ Pf. an Staatssteuern, 3 Thlr. 14 Sgr. $\frac{7}{50}$ Pf. an Kommunalsteuern. — Für das Jahr 1875 beträgt das Steuersoll nach der Rolle, ohne Berücksichtigung der Zugänge und Abgänge: 340 M. an Grundsteuer, 100,226 M. an Gebäudesteuer, 236,880 M. an klassifizirter Einkommensteuer, 90,821 M. an Gewerbesteuer, 145,033 M. an Klassensteuer. Das Kommunalsteuer-Soll ist bei der Aufstellung des Etat auf 313 500 M. angenommen worden. Im I. Semester 1875 gingen von diesen Steuern 32,836 M. ein, davon 148,796 M. an Einkommensteuer, 115,789 M. an klassifizirter Einkommenesteuer, 114,369 M. an Schlachtsteuer, 55,354 M. an Klassensteuer, 52,187 M. an Grund- und Gebäudesteuer, 42781 M. an Gewerbesteuer 2c.

r. **In der Realschule** hat im letzten Jahre nach dem städtischen Verwaltungsbericht die Frequenz ganz außerordentlich abgenommen, während alle anderen städtischen Schulen an Frequenz zugenommen haben. Vergleicht man den Frequenzstand Mitte Oktober 1875 mit der Uebersicht des Frequenzstandes zu derselben Zeit 1874, so findet man, daß in dieser Zeit der Besuch der Realschule um 87 Schüler abgenommen hat, und zwar um 8 evangelische, 56 katholische, 23 jüdische Schüler. Im Oktober d. J. betrug die Anzahl der Schüler, abgesehen von denen in der Realvorschule, nur noch 372, davon die höchste Zahl, 48, in Ober-Quarta, die niedrigste Zahl in der Ober-Sekunda 15, Prima 16, Mittel-Tertia 16. In früheren Jahren hat die Anzahl der Schüler in der Realschule über 500 betragen. Dieser ganz außerordentlichen Abnahme der Schüler steht eine ebenso gewaltige Zunahme der Ausgaben gegenüber. Im Jahre nach der Gründung der Anstalt, i. J. 1854, betrug der Zuschuß aus der Kämmereikasse zur Unterhaltung der Anstalt 4919 Thlr.; im Jahre 1869, als die Anzahl der Schüler sich auf 517 belief, 8270 Thlr. Seitdem ist der Zuschuß aus der Kämmereikasse stetig gewachsen, vom Jahre 1873 bis 1874 von 14,355 Thlr. auf 17,592 Thlr., während die Anzahl der Schüler von 491 auf 475 abnahm. Für das J br 1875 betrug der Zuschuß 18198 Thlr., und soll für das Jahr 1876 wiederum gesteigert werden. Gegenwärtig kostet jeder Schüler, welcher die Realschule besucht, der Stadt im Durchschnitt jährlich 49 Thlr. (in der Mittelschule 15 Thlr., in der Bürgerschule 11 Thlr., in den Stadtschulen 10 Thlr.)

r. **Von den drei Schülern**, die, wie bereits aus Breslau mitgetheilt, von hier ausgerückt sind, angeblich um in der Herzegowina mit zu kämpfen, aber in Oderberg noch rechtzeitig abgefaßt wurden, gehört, wie wir hören, nur der eine der städtischen Realschule an, in welcher er die Ober-Tertia besucht. Bereits ist der jugendliche Ausreißer wieder hierher zurückgebracht und besucht auch schon wieder die Schule. Jedenfalls wird er mit einer Carcerstrafe belegt werden. Die beiden anderen Schüler gehören anderen hiesigen Schulanstalten (wie wir hören, dem Mariengymnasium oder der Mittelschule) an; die drei Durchgänger sind polnischer Nationalität.

— **Standesamt der Stadt Posen.** In der Woche vom 14. bis incl. 20. November sind zu den Standesregistern angemeldet worden:

I. 46 Geburten (15 mehr als in vorhergehender Woche), und zwar 26 männliche und 20 weibliche, darunter 6 uneheliche.

II. 30 Sterbefälle (also 8 weniger als in voriger Woche). Die Zahl der Geborenen überragt daher die der Gestorbenen um 16. Von den Gestorbenen waren 17 männlich, 13 weiblich, und befanden sich darunter 10 Kinder unter 1 Jahre.

III. 9 Eheschließungen. Von diesen waren 5 rein evangelisch (d. h. beide Theile evangelisch), 3 rein katholisch und 1 rein mosaisch. Vor der Verehelichung wohnten 3 Paare in einem und demselben Hause. 18 der Geborenen stammen aus evangelischen, 21 aus katholischen, 5 aus mosaischen, 2 aus gemischten Ehen. Von den 30 Gestorbenen waren 5 evangelisch, 22 katholisch und 3 mosaisch.

r. **Mehrere höhere Beamte** der Oberschlesischen Eisenbahn aus Breslau und Posen reisten gestern Nachmittags von hier nach Thorn mit Extrazug ab; wie man hört, soll es sich um Regelung einer streitigen Angelegenheit in Betr. der dortigen Bahnhofs-Anlage handeln.

⸗ **Versuchter Selbstmord.** Gestern Nachmittags machte ein Sprachlehrer ein ehemaliger Kleriker, einer seiner Schülerinnen Liebesanträge, welche jedoch mit Verachtung zurückgewiesen wurden. Der Abgewiesene suchte in Folge dessen vor der Stubenthür seiner Schülerin durch einen Schrotschuß in die Brust seinem Leben ein Ende zu machen. Der Schwerverwundete wurde ins städtische Krankenhaus geschafft, und soll wenig Hoffnung für sein Aufkommen vorhanden sein. Zu bemerken ist, daß der Sprachlehrer bereits mehrmals in diesem Jahre Selbstmordsversuche gemacht hat.

r. **Ein Schüler** der Bürgerschule stieß gestern nach Beendigung des Unterrichts im Flur des Schulgebäudes einen jüngeren 7jährigen Schüler, der so unglücklich zur Erde fiel, daß der eine Arm zweimal gebrochen wurde.

⸗ **Verhaftet** wurde gestern Abend ein Mann, welcher in total betrunkenem Zustande auf der Straße liegend gefunden wurde.

r. **Ueberfahren** wurde gestern in der Breitenstraße durch das Fuhrwerk eines Fleischers eine Frau. Der Fleischer, anstatt zu halten, trieb das Pferd nur noch mehr an, wurde aber von nacheilenden Personen auf der Wallischeibrücke eingeholt, und für sein Verhalten sofort derb abgestraft.

⸗ **Trichinen.** In dem Fleische eines Schweines, welches heute ein Fleischer auf der Schrodka geschlachtet hat, sind bei der Fleischschau Trichinen gefunden worden. Das Fleisch ist einstweilen mit Beschlag belegt worden.

⸗ **Diebstähle.** Einer auf der Kleinen Gerberstraße wohnenden Schneiderfrau, welcher erst vor einigen Tagen mehrere Hühner gestohlen worden sind, wurde in der vergangenen Nacht wiederum aus verschlossenem Stalle eine braune Ziege mit weißem Gesicht gestohlen. — Einer auf der Fischerei wohnenden Frau wurde aus ihrer ehemaligen Wohnung eine größere Quantität Federn gestohlen. — Dem Pfandleiher C. Preuß in Thorn wurde am 14. d. M. Abends mittelst Einbruchs eine große Anzahl verschiedener Goldsachen gestohlen, darunter ein goldener Schlangenring mit Diamant, innen mit eingezogenen Haaren. 82 goldene Siegelringe, 25 silberne und 13 goldene Anker- und Zylinderuhren, 22 Paar goldene Ohrringe, 2 silberne Kinderlöffel, 25 goldene Trauringe, ein silberner Haarpfeil, 20 goldene Uhrketten, 19 goldene Broschen, eine alte silberne Münze in der Größe eines Zweithalerstücks, 14 goldene Kapseln, davon eine mit goldener Drahtkette, 6 silberne Theelöffel, 5 goldene Kreuze, 3 Haarketten mit goldener Einfassung und Schieber, eine silberne Münze mit dem Bildnisse der Mutter Gottes, eine goldene Armspange, ein polnisches Geldstück aus dem 16. oder 17. Jahrhundert, ein goldenes Gelenkarmband, 3 Geldrollen von je 50 Thlr. und ein schwarzer Operngucker mit Etui. Es liegt der Verdacht vor, daß diese Gegenstände zum Theil nach Posen gelangt sind.

E **Bromberg,** 19 Nov. [Die Stadtverordnetenwahlen], welche am 15. d begonnen haben, sind gestern beendet worden. Es wurden gewählt in der 3. Klasse: Maurermeister Janisch, Maschinenmeister Ramm, Kaufmann Stoelzer, Maler Trennert und Fabrikbesitzer Th. Wulff; in der 2 Klasse: Lehrer Braun, Kaufmann Abicht, Buchhändler Heyfelder, Eisenbahn-Sekretär Zenke und Eisenbahn-Betriebs-Sekretär Fuchs; und in der 1. Klasse: Kaufmann Friedrich Dieckmann, Gamm sen., Kollwitz, Walle und Rentier Loescher. Der polnische Abgeordnete Magdzinski befindet sich nicht unter den Gewählten, doch erhielt er in der 2 Klasse einige 20 Stimmen Die Betheiligung an der Wahl war in der 1. Klasse die größte, denn von 312 Wählern gaben 82 ihre Stimmen ab (26¼ pCt.), während bei der 2. Klasse von 835 Wählern nur 125 (15 pCt.) und bei der 3. Klasse von 2106 Wählern gar nur 78 ($3\frac{7}{10}$ pCt.) sich an der Wahl betheiligten

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn.** Die in Angelegenheiten des Strousberg'schen Konkurses gegebene Nachricht, daß die Konkursmasse an die Hannover-Altenbekener und Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn-Forderungen in Höhe von 3,468,000 Mark habe, welche, da Gegenansprüche gestellt werden, zu langwierigen Prozessen führen würden, giebt der Direktion der Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn zu folgender Erklärung Veranlassung: „Um Mißdeutungen vorzubeugen, wird Seitens der Verwaltung der Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn das gedachte Referat dahin deklarirt, bezw. berichtigt, daß Dr. Strousberg sich für alle und jede Ansprüche aus dem General-Entreprise-Vertrage durch rechtsverbindlichen Schlußabrechnungs-Vertrag schon im September 1871 vollständig abgefunden erklärt hat. Die Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft hat sich aber hierbei eine Kaution seitens des Dr. Strousberg bestellen lassen (und hat dieselbe in Höhe von zirka 60,000 Thaler noch in Verwahrsam), und daraus die rückständigen Kosten des Grundgewerbes und insbesondere die Mehrkosten zu decken, welche durch richterliche Entscheidung gegen die Expropriationsresulute für die zur Bahnanlage expropriirten Grundstücke entstehen könnten. Diese Kaution hat vertragsmäßig noch ca. 25 Jahre zu haften und kann daher eine Hebung des qu. Kapitals, soweit es dann noch vorhanden ist, erst nach Ablauf dieses Zeitraums in Frage kommen. Andere Forderungen des Dr. Strousberg an die Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft existiren nicht."

Vermischtes.

* **Der Sohn des gemordeten Sonzogno.** Der „Fr. Z." wird aus Mailand vom 12. d. M. geschrieben: „Heute ist der Eingang der Kirche St. Carlo, der bekannte Rotundenbau am Corso Vittorio Emanuele, mit schwarzen Vorhängen versehen, nach italienischer Gepflogenheit das Zeichen, daß ein Leichenbegängniß in der Pfarre stattfindet. Eine Inschrift in Silberlettern auf der Gardine besagt, daß der zehnjährige Ottorino Sonzogno, der Sohn des Raffaele Sonzogno, im Herrn entschlafen sei. Die Nachricht von dem unerwarteten Tode des Knaben, der wahrhaft als ein Unglückskind bezeichnet werden darf, hat hier einen außerordentlich tiefen Eindruck gemacht und wird nicht verfehlen, in ganz Italien neuerdings die Aufmerksamkeit und auch das Mitleid auf die schwer heimgesuchte Familie zu lenken. Der Heimgang dieses Knaben, gerade in diesem Augenblicke, kurz vor Beendigung des großen Prozesses, ist tragisch genug; aber er dürfte überdies aus zu neuen Verwicklungen zwischen den beiden verfeindeten Familien führen. Man hatte den Knaben nach der Ermordung des Vaters in das Haus der Sonzogno nach Mailand gebracht, wo er unter der Aufsicht seines Onkels Eduardo erzogen werden sollte. Er war der Liebling Aller und besonders seiner Großmutter, die mit so unseliger Hartnäckigkeit die Verbindung ihres Sohnes mit der „Signora Emilia" betrieben hatte. Von der Mutter hieß es allgemein daß sie den Knaben, das einzige Kind einer traurigen Ehe, nicht liebe. Ihre ganze Neigung und Leidenschaft war auf Luciani gerichtet, und es sind Indizien genug während des Prozesses zu Tage getreten, welche keinen Zweifel lassen über ihre intellektuelle Theilnahme an der Schreckensthat. Nach derselben zog sie sich an den Lago di Como zurück, um den Ausgang des Prozesses abzuwarten. Sie wird als eine Frau von seltener Schönheit geschildert, die seiner Zeit viele Verehrer gehabt habe. Daher ist es heute gewiß bezeichnend, daß sich in Mailand, wo sie von den meisten Leuten gekannt war, keine Stimme zu ihrer Vertheidigung erhebt. Trotzdem ward versichert, daß sie heute in der Stadt weile, um ihr todtes Kind noch einmal — auf der Bahre zu sehen."

Briefkasten.

Poststation Schneidemühl. Außer Ihren umfangreichen Materialien, betreffend die Ausbesserung einer Chaussee, welche Sie uns zur Bearbeitung zuschicken, haben wir in dieser Woche folgende nicht redaktionelle Aufgaben erhalten: 1) Eine Versicherungsbank schickt uns ihre Statuten und Propagandaschriften mit dem Ersuchen, das Unternehmen einer sachgemäßen Kritik zu unterwerfen. 2) Ein Grundbesitzer bittet uns, seine Prozeßakten und Hypothekeninstrumente einzusehen, um ihm zu sagen, ob er mit Erfolg die Berufung einlegen kann. 3) Pastor X. erfreut uns durch Uebersendung eines dicken Manuskripts über „Die Reform der evang. Kirche", welches wir prüfen, event. druckfertig stellen und, was uns bei unserer großen Bekanntschaft nicht schwer fallen könne, bei einem Verleger unterbringen sollen. 5) Der Chaussee-Einnehmer Y. ersucht uns, fleißig die Inserate der bei uns eingehenden Zeitungen zu lesen, und ihm mitzutheilen, wenn wo eine Kreis-Chaussee-Einnehmerstelle ausgeschrieben wird. 6) Die hiesige Polizeibehörde, welche bekanntlich ungemein viel zu thun hat, zitirt uns, um über ein paar Annonzen, die keinem Menschen schaden, den Redakteur, der keine Zeit hat, solches Zeug zu lesen, verantwortlich zu vernehmen. — Mit diesen „sieben Sachen" hätten wir also auf 8 Tage Arbeit, ohne daß wir uns mit der Herstellung der Zeitung zu beschäftigen brauchten.

Ein Abonnent in Posen. Das Aufnahmegesuch ist an Herrn Regierungsrath Seligo zu richten.

S. in P. Der tapf're Schwabe forcht sich nit, — er weiß sein Schwert zu gebrauchen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 20. November. Im Reichstage findet die Fortsetzung der Etatberathung statt. Im Laufe der Debatte hebt Minister Camphausen hervor, daß Deutschland als großes Land im Herzen Europa's eine sichere Friedensbürgschaft sei, aber man müsse dasselbe auch in den Stand setzen, diese Mission zu erfüllen. Die von verschiedenen Seiten angenommenen furchtbaren wirthschaftlichen Zustände könne er nicht erblicken, den schwindelhaften Unternehmungen der Vorjahre sei jetzt ein viel zu großes Mißtrauen des Publikums gefolgt; wie lange dies dauern werde, wisse er nicht, er glaube aber, daß es aufhören und zwar bald aufhören werde. Bezüglich der neuen Steuergesetze empfiehlt der Redner die Annahme der Börsensteuer primo loco, welche eine Forderung der Gerechtigkeit und eine Steuerreform aber keine neue Steuer sei. Im weiteren Verlaufe der Debatte weist Minister Camphausen die mißverständliche Auffassung zurück, als wolle die Regierung die Steuergesetze fallen lassen, dieselbe werde vielmehr auf's wärmste dafür eintreten. Lasker konstatirt die Uebereinstimmung der Mehrheit des Reichstags mit der Wirthschaftspolitik der Regierung und weist den Vorwurf zurück, als ob die liberale Gesetzgebung die Wirthschaftskrisis verschuldet habe. Das Haus beschließt die wichtigsten Etatgruppen an die Budgetkommission zu verweisen. Nächste Sitzung Montag.

Petersburg, 20 November. Fürst Gortschakoff wird heut zurückerwartet. Die Presse fährt fort, die politische Lage sehr friedlich zu betrachten. Gestern brachte das „Journal de St. Petersburg", heute der „Golos" einen Artikel in diesem Sinne; letzterer giebt die Zweckmäßigkeit englischer Pläne auf Egypten zu. Der Kriegsminister weilt noch auf Urlaub, worin die beste Widerlegung von Rüstungsgerüchten gefunden wird. — Aus Moskau werden zwei Brände auf den Eisenbahnstationen Kursk und Jaroslaw gemeldet, der Schaden wird auf hunderttausend Rubel geschätzt.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bekanntmachung,

betreffend

das Ausliegen der Rayon-catafter der Vorstädte

Zagórze u. Zawade.

Auf Ersuchen des Königlichen Gouvernements hierselbst und in Gemäßheit der §§ 9, 11, 25 und a. des Reichsrayongesetzes vom 21. Dezember 1871 bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß die durch das Königliche Gouvernement aufgestellten Rayoncataster der Vorstädte **Zagórze** und **Zawade** vom

21. November 1875 bis zum 3. Januar 1876 incl.

während der Dienststunden im technischen Bureau des Rathhauses zur Einsicht ausliegen.

Etwaige **Einwendungen** gegen diese Cataster sind **bis zum 31. Januar 1876 incl.** bei uns anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist wird mit Feststellung des Catasters verfahren werden.

Posen, den 18. November 1875.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Küchen- und Lagerstroh-Abfälle der städtischen Armen-Anstalten sollen für das Jahr 1876 an den Meistbietenden im Wege der Submission überlassen werden. Bietungslustige werden ersucht, ihre schriftlichen, versiegelten, mit entsprechender Aufschrift versehenen Offerten spätestens bis zum

29. November cr.,

Vormittags 11 Uhr,

zu welcher Zeit die Eröffnung erfolgt, Zimmer Nr. 13 auf dem Rathhause, wo auch die Bedingungen eingesehen werden können, bei dem Stadtsekretär Herrn **Stentzel** niederzulegen.

Posen, den 16. Nov. 1875.

Der Magistrat.

In unser Firmenregister ist bei der Firma unter Nr. 116 **Reinhold Paetzold**, die Errichtung einer Zweigniederlassung in Fraustadt eingetragen worden.

Lissa, 16. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Im Wege der öffentlichen Submission sollen **vier** auf dem Rangirbahnhofe der Oberschlesischen Eisenbahn in Okollo bei Bromberg belegene **Lagerplätze** meistbietend verpachtet werden.

Gleichzeitig soll auch die Verpachtung von 6 in den Gebäuden des Grundstücks Okollo Garten belegenen Räumlichkeiten, von denen sich 2 mit einander zusammen hängende in dem Restaurations-Gebäude, 3 in der alten Brauerei und 1 in dem vormaligen Kegelhause befinden, zur Benutzung für Speditions- und Comptoir-Zwecke entweder zusammen und für sich, oder, nach Wunsch der Submittenten getrennt und den einzelnen Lagerplätzen zugelegt, stattfinden.

Zu diesem Zweck ist ein Termin auf

Mittwoch, den 24. d. M.,

Vormittags 10 Uhr,

an Ort und Stelle anberaumt, wozu Pachtlustige mit dem Ersuchen hiermit eingeladen werden, ihre versiegelten Offerten, welche die Anzahl der Plätze resp. Räumlichkeiten und das Pachtgebot pro Jahr in Zahlen und Buchstaben, sowie die Bemerkung enthalten müssen, daß Offerent Bedingungen kennt und damit einverstanden ist, persönlich im Termin abzugeben.

Die Bedingungen liegen in dem diesseitigen Bureau sowie bei dem Stations-Vorstande in Bromberg zur Einsicht aus.

Posen, den 17. November 1875.

Königl. Betriebs-Inspektion

Bekanntmachung.

Die behufs Umwandlung der Strohdächer in Ziegeldächer 1876 auszuführenden Dachdeckerarbeiten an der Scheune und dem Holzstall auf dem Propstei-Gehöft Górkaduchowna excl. Tit. Insgemein, auf 1478 M. 2 Pf veranschlagt, sollen an den Mindestfordernden vergeben werden, wozu am

Montag den 6. Dezember c.

Nachmittags 3 Uhr

ein Termin im hiesigen Baubureau anberaumt worden ist.

Kosten, den 18. November 1875.

Königlicher Kreisbaumeister.

Müller.

Sprit-Auktion!

Montag, den 22. d. M. Mittags 12¾ Uhr werde ich **im hiesigen Börsensaale 10 Gebinde** prima

Kartoffelsprit

öffentlich versteigern.

Manheimer,

Königl. Auktions-Kommissarius.

Bekanntmachung

Oels-Gnesener Eisenbahn.

Die Aktionäre der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft, welchen die mit den Nummern 3. 7, 11, 17. 20, 25, 29, 34, 36, 39, 43, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 57, 60, 65, 68, 69, 70, 71, 78, 79, 81, 82, 91, 92, 93, 95, 98, 103, 104, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 123, 127, 133, 134, 135, 137, 142, 143, 144, 145, 150, 151, 154, 158, 159, 160, 161, 172, 175, 176, 178, 185, 188, 195, 206, 211, 212, 213, 215, 217, 218, 219, 220, 222, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 235, 238, 244, 245, 246, 249, 252, 253, 254, 262, 263, 276, 278, 298, 304, 308, 313, 318, 332, 335, 346, 366, 369, 376, 377, 378, 379, 381, 385, 386, 391, 392, 393, 394, 396, 399, 400, 416, 417, 420, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 438, 447, 448, 449, 471, 486 und 487 bezeichneten Quittungsbogen zugetheilt worden sind, haben die durch die öffentliche Bekanntmachung vom 25. Februar d. J. für die Zeit vom 20. bis 31. März 1875 ausgeschriebene Einzahlung der X. und letzten Rate von 10 pCt. auf die von ihnen gezeichneten Stamm-Aktien wiederholter besonderer Aufforderung ungeachtet noch immer nicht geleistet.

Dieselben werden hiermit nochmals aufgefordert, die restirenden Einzahlungen nebst Verzugszinsen bei derjenigen Annahmestelle, bei welcher die Einzahlung der früheren Raten erfolgt ist, bis spätestens zum 10. Januar fut. zu leisten, widrigenfalls gegen die Säumigen in Gemäßheit der Bestimmung des § 7 des Gesellschaftsstatuts weiter vorgegangen werden wird.

Breslau, den 15. November 1875.

Der Aufsichtsrath

der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft.



Route Thorn, Bromberg, Posen-Dresden, Chemnitz, Leipzig via Cottbus-Großenhain.

Fahrplan vom 15. October 1875 ab gültig.

von Thorn		7^{21} Vm.		**Dresden.**	Abf. 9^{30} resp.	10^{5} Vm.
„ Bromberg		6^{2} „		von Meißen	„	9^{25} „
Posen	Abf.	10^{22} „		„ Leipzig	„	9^{10} „
Guben	„	2^{10} Nm.		„ Chemnitz	„	8^{30} „
Cottbus	„	3^{5} „		**Großenhain**	Abf.	11^{10} „
Großenhain	Ank.	4^{43} „		**Cottbus**	Ank.	12^{50} Nm.
in Chemnitz	„	12^{0} „		**Guben**	„	1^{45} „
„ Leipzig	„	8^{23} „		**Posen**	„	5^{51} „
„ Meißen	„	5^{36} „		in Bromberg	„	10^{3} „
Dresden	Ank.	5^{46} „		„ Thorn	„	9^{27} „

Bekanntmachung.

Die an dem Familienhause des Propstei-Gehöftes Górkaduchowna 1876 auszuführenden und auf 1023 M. 81 Pf. excl. Tit. Insgemein veranschlagten Reparaturen sollen an den Mindestfordernden vergeben werden, zu welchem Zwecke am

Montag den 6. Dezember c.

Vormittags 10 Uhr

im hiesigen Baubureau ein Termin anberaumt worden ist.

Kosten, den 18. November 1875.

Königlicher Kreisbaumeister.

Müller.

Märkisch-Posener Eisenbahn.

Zum **Badisch-Mitteldeutschen** Verbandsgütertarif ist ein 14. Nachtrag erschienen und durch unsere Verbandsstationen zu beziehen.

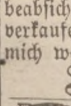
Guben, den 10. November 1875.

Die Direktion.

Möbel- u. Pianino-Auktion.

Montag den 22. von 9 Uhr ab werde ich Sapiehaplatz Nr. 6 verschiedene Möbel, als: 1 Plüschsopha, Spinde, Tische, Stühle, 1 Zylinderbureau, 1 Buffet, 1 Bücherspind, Sophas, Spiegel, Herren- und Damen-Uhren, Teppiche, Gardinen, **um 11 Uhr** ein feines Polisander-**Pianino** gegen baare Zahlung versteigern.

Katz, Auktionskommissarius.



Meine am Markte der Kreisstadt Wreschen, Station der Oels-Gnesener Bahn, belegenen neu erbauten massiven **Grundstücke** worin ein alt renommirtes Hotel nebst Schank sich befinden, beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen. Reflektanten wollen sich an mich wenden.

J. Hepner, Wreschen.

Schmerzlose Zahnextractionen

verm. **Nitro-Oxygen** (Lachgas; Erfahrung von über 600 Narkosen), künstl. Zähne, Plombiren in Gold u. Compos.

Zahnarzt **C. Mallachow** jun.

Posen, Friedrichsstr. Nr. 12.

Auch brieflich

werden in 3–4 Tagen Syphilis und Hautkrankh. gründl. geh. d. Specialarzt **Dr. Meyer**, Berlin, Taubenstr 36.

Im **Drzązgowoer** Walde bei **Wengierski** wird täglich **birken Nutzholz** durch den Förster **Blaczyk** verkauft.

Vier und dreißig Schock

gute rothbuchene **Felgen** stehen hier preiswürdig zum Verkauf. Zu erfragen Große Gerberstr. 13, part.

Elegante u. bequeme Haarschneide - Salons mit Anwendung d. neuesten englischen Bürstmaschine, gediegenste Bedienung, billiges Abonnement, empfehlen

R. Buchholz & Comp.,

Berlinerstrasse 32.

Für Blumenfreunde

offerire eine reiche Auswahl von blühenden Topfgewächsen u. Blattpflanzen, sowie einen großen Vorrath Bouquets und Kränze von getrockneten Blumen in jeder beliebigen Form und zu soliden Preisen in meiner Blumenhalle Sapiehaplatz Nr. 1.

W. Pfennig,

Kunst- und Handels-Gärtner.

Reine Getreideschlämpe

hat abzugeben

Leon Kantorowicz,

Czerwonak bei Posen.

Futterkleie zu verkaufen

Roggenkleie pro Ctr. 6 Mark — Pf.
Weizenschaale „ „ 4 „ 75 „

Adam Majewski,

St. Adalbert 32.

Wegen Vereinfachung der Wirthschaft stehen hier zum Verkauf

einige Ackerpferde,

darunter 2 fehlerfreie, fast vierjährige. — Ferner ein

Simmenthaler Bulle

mit etwas Shorthornblut, gezogen von Pabst Burgstall, 2¼ Jahr alt, fehlerfrei.

Orlowo b. Ludom.

von Nathusius.

Eine **Fuchsstute** (Reit- und Zugpferd) steht zum Verkauf St. Adalbert No. 3.

Auf dem Dom. **Ludom** (Poststation) stehen zwei

4½jährige

Kutschpferde,

Goldfüchse, 2 Zoll, aber noch im schnellen Wachsthum begriffen, fehlerfrei, sehr gängig und gute Paßpferde, für 1200 Mark zum Verkauf.

Nachdem ich meine seit 46 Jahren hierselbst bestehende

כשר Fleisch-Waaren-Handlung

nach Wronkerstraße 4 verlegt,

habe ich in meinen vergrößerten Verkaufsräumen auch ein feines

כשר Wurst- und Räucher-Waaren-Geschäft

errichtet. Das mir bisher geschenkte Vertrauen werde auch fernerhin zu rechtfertigen suchen.

L. Cohn.

Zum bevorstehenden Weihnachtsverkauf

habe ich mein Lager in einer Weise complettirt, daß ich in der Lage bin, einem geehrten Publikum unter Garantie der strengsten Reellität die geschmackvollste und reichhaltigste Auswahl passender Weihnachtsgeschenke zu bieten. — Als besonders empfehle ich: Salongegenstände neuester und geschmackvollster Arbeit. Pariser Bijouterien u. Nippsachen, schönste Fabrikate in Oxyd, sowie in vergoldeter u. antiker Bronce. Wiener Lederwaaren (Albums, Schreibmappen, Reise- und Arbeitsnecessaires, Handtaschen, Koffer u. s w.); Tisch- u. Hängelampen; lackirte Tabletten; Solinger Stahlwaaren, ganz besonders gute Rasirmesser u. Streichriemen; Vogelbauer; Alfénide-, Marmor- und Alabasterwaaren; Holzschnitzereien (Cigarrenschränke, Notenständer, Staffeleien 2c.); Ausschmückungs-Gegenstände für Jagdzimmer; Majolica- u. Terracottawaaren, Alterthumskrüge u. Humpen; Blumenvasen Büsten und Figuren. — Gute Handschuhe, Ball- u. Gesellschaftsfächer; Parfümerien, Sozodont; alle Arten Kämme und Bürsten; Schreibmaterialien, Luxuspapier 2c, eine vorzügliche Gattung Camisols, Schlaf- u. Reisedecken, engl. Viehscheeren. Niederlage ostindischer Thee's; chines. u. japanesische Gegenstände; Korbwaaren, Kinderwagen und ein reich assortirtes Spielwaarenlager.

Um geneigten Zuspruch bittet ganz ergebenst

Louis Ohnstein, Wilhelmsplatz 10.

---

4. Mode-Waaren und Damen-Confection. 4.

Neue Strasse

Weihnachts-Ausverkauf.

Sämmtliche Waaren meines reichhaltig sortirten Lagers habe ich zum bevorstehenden Weihnachtsfeste im Preise bedeutend herabgesetzt und bietet dasselbe daher Gelegenheit zu recht billigen Einkäufen. Speziell empfehle ich

Damen-Confection jeglichen Genres, vom einfachsten bis zum feinsten Geschmack, sowie

Kleiderstoffe jeder Art.

S. H. Korach.

Neue Strasse

4. Teppiche, Gardinen, Leinen u. Wäsche. 4.





Wasserdichte engl. Reisemäntel, Wirthschaftspaletots und Joupen sind wieder vorräthig, ebenso empfiehlt fertige Winterpaletots, Hüte und Regenschirme 2c. zu billigsten Preisen.

W. Tunmann,

Friedrichsstraße 5, neben der Post.

Tuch-Reste

in allen Größen von 25 Sgr. pr. Elle an, empfiehlt

die Tuchhandl. **Landsberg & Kornicker,**

(W. 226) Markt- und Wasserstraßen-Ecke.

Echt

Harzer Kanarienvögel.

vom **St. Andreasberg,**

aber nur gute Sänger,

sind abzulassen bei

A. Romanowski, Kl. Ritterstr. 1.

Täglich Sendungen von **frisch geschossenem Wild** aller Sorten.

Richard Fischer.

Feinste Tafel-Butter

empfiehlt

S. Alexander

(H. Kirsten).

St. Martin 11.

Zur Anfertigung von **Düffel-Talma-** und **Steppdecken-Arbeiten** in verschiedenen Mustern, empfiehlt sich **M. Kitka,**

Alter Markt 91, 3 Treppen.

Kutsch- u. Ackergeschirre,

stark, von gedrehtem Leder, in großer Auswahl empfiehlt

Julius Scheding Nfgr.

Posen Wallischei a. d. Brücke.

Alle Sorten

Gummi- u. Hanfschläuche,

alle Sorten **Gummi für Fabriken,** ebenso **Treibriemen** von Leder und Hanf, **Taue** von Hanf, sowie **Drahtseile** empfiehlt

Julius Scheding Nfg.

Posen. Wallischei a. d. Brücke.

Der Weihnachts-Ausverkauf

in meiner Handlung hat begonnen. Derselbe umfaßt eine reiche

Auswahl

seidener und wollener

zurückgesetzter

Kleiderstoffe,

darunter eine große

Partie Rester,

Mäntel, Jaquettes, Costumes, Morgenröcke, Talmas 2c. in Sammet, Seide und Wolle, seidene Cachenez und seidene Taschentücher, Plaids u. Long-Châles 2c. 2c.

Zu jedem nur annehmbaren **Preise.**

Nr. 1. E. Tomski,

Neuestraße.

Großer Weihnachts-Ausverkauf!!

Wegen Aufgabe von franz. **Bronce**-Artikeln, sowie echten **Alfenide-, Alabaster-** u. **Marmor-Waaren,** verkaufe diese z. Selbstkostenpreise aus. Gleichzeitig empfehle mein **Puppen- und Spielwaaren-**Lager, durch Nouveautés aufs Reichhaltigste sortirt. Fächer, franz. Bijouterien, echte Meerschaum- und Bernstein-Spitzen, **Leder-Waaren** u. **Reise-Effekten, echt engl. Reisedecken,** franz. u. russische **Boots.**

Regenschirme, Stöcke.



Hüte, Herbst-Façon, zu auffallend billigen Preisen.

S. Neumann,

Hotel du Nord,

Wilhelmsplatz 3.

Wichtig für Kranke

Ohne Kosten und franco

versenden wir auf Franco-Anfrage einen über 100 Seiten starken, mit vielen Zeugnissen glücklich Geheilter versehenen Auszug aus „Dr. Airy's Naturheilmethode." Jeder, welcher sich von der Vorzüglichkeit des illustr. ca. 500 Seiten starken Originalwerkes (Preis nur 1 Mark, zu beziehen durch alle Buchhandl.) überzeugen will, lasse sich den Auszug v. Richter's Verlags-Anstalt in Leipzig kommen.

Keine Marktschreierei!

sondern reelle Belehrung u. Hülfe.

Der persönliche Schutz,

Rathgeber für Männer jeden Alters, Hülfe bei

Schwäche-zuständen.

36. Aufl. 232 Seiten mit **60** anatom. Abbild. in Stahlst., in Umschlag versiegelt. **Originalausgabe** von **Laurentius.**

Zu beziehen durch jede **Buchhandlung**, auch in **Breslau** von der **Schletter**'schen Buchhandlung, sowie von dem **Verfasser**, Hohestr. Leipzig. Preis 4 Mark.

(H. 03833) **Dr. L.**

Preßhefe

von altbewährter und anerkannt triebkräftiger Qualität, täglich frisch, empfiehlt die über 30 Jahre hier bestehende

Haupt-Hefen-Niederlage

von

S. Alexander

(H. Kirsten).

St. Martin 11.

Beilage.